WP-01-K3-1019-5

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Volker Beck (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 1018 bis 1023:
Holocaust auf sich geladen hat. Das Existenzrecht Israels ist für uns ~~unverhandelbar. Wir stehen ein für die Sicherheit von Jüdinnen und Juden und~~unverhandelbar; daraus folgt das ~~Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser*innen~~Recht Israels, sich gegen Angriffe zu verteidigen. Dauerhafte Sicherheit für Israelis und Palästinenser*innen ist nur durch einen politischen Prozess und eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung auf Basis der Grenzen von 1967 möglich, in deren Rahmen das Selbstbestimmtungsrecht der Palästinenser*innen verwirklicht wird.. Dafür setzen wir uns ein. Aus unserer Geschichte ergibt sich auch die

Von Zeile 1027 bis 1030 löschen:
werden, die Zivilbevölkerung geschützt wird, die humanitäre Hilfe die Menschen erreicht und es zu einem Waffenstillstand kommt~~. Das Leid in Gaza ist unerträglich. Jedes Menschenleben ist gleich viel wert~~. Menschlichkeit ist unteilbar.

Begründung

Der ganze Absatz begründet schon schräg mit der Ableitung aus der Geschichte, aber das ist ja irgendwie Gemeingut in der Debatte. Als ob die französische Außenpolitik deshalb anders sein müsste oder dürfte. Ein Bekenntnis zum Existenzrecht bzw. zur Existenz Israels und Israels Selbstverteidigunsgsrecht sind nicht voneinander zu trennen. Die Zweistaatenlösung ist der Rahmen, in dem das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser:innen zur Verwirklichung gebracht wird.

„Jedes Menschenleben ist gleich viel wert.“ Hinter diesen hehren Worten verschwindet im Text der Unterschied zwischen Tätern und Opfern.

weitere Antragsteller*innen

Mona Fuchs (KV München); Ursula Harper (KV München); Hermann Kuhn (KV Bremen-Mitte); Alexandra Werwath (KV Bremen-Mitte); Helga Trüpel (KV Bremen-Mitte); Stephan Bischoff (KV Magdeburg); Stefan Meinke (KV Köln); Dorothee Richter (KV Berlin-Kreisfrei); Paul Meyer-Dunker (KV Berlin-Lichtenberg); Lisa Badum (KV Forchheim); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/ Kreuzberg); David Süß (KV München); Peter Mordechai Zamory (KV Hamburg-Altona); Marianne Knipping (KV Kassel-Stadt); Marie-Luise Thierauf (KV Berchtesgadener Land); Martin Hagen (LV Bremen); Norbert Schellberg (KV Potsdam-Mittelmark); Tarik Pahlenkemper (KV Schleswig-Flensburg); Moritz Jungeblodt (KV Frankfurt); sowie 46 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.